

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Dringelosen monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, U. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1760. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereintanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 179.

Dresden, Dienstag den 5. August 1913.

24. Jahrg.

Im Krupp-Prozess wurden gegen die Angeklagten Strafen von drei Monaten Gefängnis bis zu einem Jahre Gefängnis beantragt.

Nach einem Telegramm aus Athen verlor die griechische Armee im zweiten Balkankrieg 30 000 Mann an Toten, Verwundeten und Vermissten.

Aus Galizien werden schwere Hochwasserfluten gemeldet.

Die russische Stadt Makarjew ist fast ganz niedergebrannt.

den: gewerkschaftliche Organisation, Arbeitslosenversicherung und andere sozialpolitische Maßnahmen kommen da in Betracht. Ein Rückgang der einheimischen Arbeitskräfte würde nur die Heranziehung unskulierter, unorganisierter und rechtloser Ausländer künstlich beschleunigen. So energisch die Arbeiterklasse Ausnahmegesetzungen gegen ausländische Klassenangehörige bekämpfen muß, hat sie doch keinen Anlaß, den Zugang künstlich zu beschleunigen. Es ist für das Proletariat viel günstiger, wenn in den Ländern mit niedriger wirtschaftlicher Entwicklung ein eigener Kapitalismus entsteht mit einer einheimischen Kapitalistenklasse und Arbeiterschaft, als wenn die fremden Arbeiter ein kapitalistisches Band überschwenken, in dem sie politisch rechtlos sind. Die Schwierigkeiten der amerikanischen Arbeiterbewegung beweisen das klar.

Der „Gebärstreik“ kann also nicht helfen, was seine Befürworter von ihm erwarten. Das heißt aber nicht, daß die Arbeiterklasse keinen Einfluß auf die Bevölkerungsvermehrung ausüben soll und daß die bewußte Beschränkung der Geburtenzahl nicht auch ein Mittel im Kampfe um den sozialen und politischen Aufstieg der Arbeiterklasse sein kann. Es handelt sich hier aber um komplizierte Verhältnisse, die mit einem Schlagwort nicht zu kennzeichnen sind.

Der Malthusianismus ist durch die marxistische Kritik erledigt. Der Neumalthusianismus hingegen muß von der Arbeiterklasse ganz anders betrachtet werden. Das Schlagwort vom Gebärstreik spiegelt einen an sich richtigen Gedanken in einseitiger Weise zu und isoliert eine Erscheinung, die nur im Zusammenhang mit der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung richtig gewürdigt werden kann. Nicht Gebärstreik, sondern bewußte Beeinflussung der Kinderzahl, aber unter Berücksichtigung der sozialen Lage und der körperlichen Anlagen — das muß die Lösung der Arbeiterklasse sein.

führung des Korn- und Weizenkolles in Finnland zu nennen. Während die Sozialdemokratie einen heftigen Kampf gegen die geplante Maßnahme eingeleitet hat, versagen die bürgerlichen Parteien vollkommen. Soweit sie Grundbesitzer sind, sehen sie sogar diesem Zoll mit Freuden entgegen. Dies trifft namentlich auf die Partei der Kleinrentner zu. Eine brennende Frage ist ferner die Emanzipation der Torfparl, der kleinen Pachtbauern, die ihre Pacht zum Teil in Tagewerk und Naturalien entrichten müssen. Durch das neue Pachtgesetz vom Jahre 1909 wurde ihre Lage nur scheinbar verbessert. Im Jahre 1913 droht etwa 100 000 Pachtbauern die Kündigung, weil die Grundbesitzer das Gesetz, das eine Pachtzeit von 5 resp. 50 Jahren vorsieht und die Festsetzung der Pachtsumme durch kommunale Ausschüsse vorschreibt, als unvorteilhaft betrachten und es deshalb vorziehen, die kleinen Pachtstellen zu der eigenen Wirtschaft zu schlagen. Die Sozialdemokratie sieht auch hier auf dem Boden und sieht darauf, daß die Abhängigkeit der finnischen Pachtbauern nicht etwa in der ungenügenden Weise bewerkstelligt wird wie vor 100 Jahren in Preußen oder vor 50 Jahren in Rußland. In Finnland wirkt die Sozialdemokratie darauf hin, daß die Emanzipation der Kleinrentner in einer Weise durchgeführt wird, die die Hindernisse für eine spätere Entwicklung aus dem Wege räumt.

In allen genannten Fragen trat die Sozialdemokratie als die einzige konsequente Vertreterin des Volkswohls vor die Wähler. Sie konnte auf Schritt und Tritt nachweisen, daß die Bürgerlichen ohne Unterchied der Parteirichtung Gegner der Volksinteressen sind. In keinem einzigen Falle vermagte die Bourgeoisie die Wirkung dieser Anklagen abzuschwächen, sie hätte sich sogar, auf diese Fragen überhaupt einzugehen. Der allgemeine Eindruck der Wahlkampagne war denn auch der, daß die bürgerlichen Parteien immer mehr ihren Halt im Volke verlieren und jede Hoffnung preisgeben haben, auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechts und der politischen Gleichberechtigung gegen das feste Anschwellen der Sozialdemokratie anzukämpfen zu können.

Gebärstreik?

L.

Bei den Debatten über die Anwendung des politischen Massenstreiks im preussischen Wahlrechtskampf ist zur „Erklärung“ des Massenstreiks der „Gebärstreik“ empfohlen worden. Dieses neue Schlagwort verdient eine eingehende kritische Betrachtung, da es sich hier um ein wichtiges Problem, die Bevölkerungsfrage, handelt.

Auf eine kurze Formel gebracht lautet der Gedankegang der Befürworter des „Gebärstreiks“: Wir wollen dem Staat keine Soldaten und der Kapitalistenklasse keine Arbeiter gebären. Diese trasse Formel zeigt die Irrtümer und Fehlschlüsse des Gedankenganges klar. Selbst eine wesentliche Einschränkung der Geburtenzahl wird sich militärisch erst in zwei Jahrzehnten sichtbar machen. In zwanzig Jahren wird der Streik von heute für die Militärischen praktische Folgen zeitigen. Während dieser Frist kann in unserer schnelllebigen Zeit vieles sich geändert haben, auch in militärischen Dingen. Aber selbst zugegeben, die Verhältnisse seien dann die gleichen wie heute: Vermindert eine Einschränkung der Geburtenzahl und später der Wehrten wirklich die Militärlasten? Das Beispiel des benachbarten Frankreich beantwortet die Frage mit einem entschiedenen „Nein!“ Im Gegenteil, statt die Zahl der tauglichen Wehrten, so werden eben weniger taugliche eingestellt. Es wird die Dienstzeit verlängert, die Altersgrenze der Reserve und Landwehr heraufgesetzt und andere ähnliche Maßnahmen werden ergriffen. Das heutige Aufstehen der Staaten hat seine Ursachen nicht in einem Mangel von Menschen, sondern es hat wirtschaftliche Gründe. Es ist eine Folgeerscheinung des Imperialismus.

Es ist daher völlig verfehlt, von einem Gebärstreik zu erhoffen, daß er die Entwicklung des Militarismus aufhält, so ist ebenso unrichtig, zu erwarten, daß sich die Lage der Arbeiterklasse automatisch heben werde, falls ein wesentlicher Geburtenrückgang eintritt. Hier ist zunächst daselbe zu sagen wie beim Malthusianismus. Erst nach anderthalb Jahrzehnten wird sich die Abnahme der Arbeiterkräfte bemerkbar machen, die einem Gebärstreik von heute geschuldet ist. Ferner läuft die Annahme, daß man durch willkürliche Beschränkung der Kinderzahl der Kapitalistenklasse die Arbeiterkräfte entziehen könne, im Grunde auf den Irrtum hinaus, der der Lehre von Malthus zugrunde liegt.

Malthus, der englische Nationalökonom und Pfarrer, verkündete: Die Menschen erzeugen mehr Nachkommen als Lebensmittel, daher ist immer ein Ueberschuß von Menschen vorhanden, der keine Nahrung vorfindet. Das Elend der Arbeiterklasse ist also nicht die Schuld einer besonderen Gesellschaftsordnung, sondern es ist durch ein Naturgesetz verursacht. Man kann dieses Elend nur mildern durch Einschränkung der Geburten, damit das Verhältnis von Lebensmitteln und Menschen sich günstiger gestaltet.

Im ersten Band des „Kapital“ hat Marx eine glänzende Kritik dieser Anschauung geliefert. Das Elend der Arbeiterklasse ist nicht die Wirkung eines Naturgesetzes, sondern eine Wirkung des Kapitalismus. Es handelt sich hier nicht um ein Problem der Bevölkerungsvermehrung, sondern um die Frage der Güterverteilung. Hätte Malthus recht, so wäre der Mensch nie über die Stufe der niederen Jäger hinausgekommen. Gerade die Erzeugung eines Ueberschusses an Lebensmitteln über den notwendigen Bedarf ist die Grundlage der menschlichen Kulturentwicklung. Malthus sucht die Ursache, daß dieser Ueberschuß heute von den Kapitalisten angeeignet wird, umzudeuten und wegzulügen.

Marx stellt ferner fest: Die heutige Wirtschaftsweise erzeugt eine „relativ Ueberschüssigkeit“. Dieser scheinbare Ueberschuß an Menschen, der bei jeder Krise sich in massenhafter Arbeitslosigkeit offenbart, ist aber nicht dem Mangel an Lebensmitteln zuzuschreiben. Es liegt im Wesen der kapitalistischen Gütererzeugung, daß sie sich sprunghaft ausdehnt. Bei dieser Ausdehnung werden große Menschenmassen in den Produktionsprozeß hineingezogen. Kommt dann die Krise, so wird ein Teil dieser Arbeitskräfte wieder abgestoßen. Die Kapitalistenklasse braucht eine Reservearmee, um je nach Bedarf Arbeiter zur Verfügung zu haben.

Es ist nun eine Utopie, diese Reservearmee durch Geburtenbeschränkung beseitigen zu wollen. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müssen ganz andere Wege eingeschlagen werden:

Die Landtagswahlen in Finnland.

Von unserem Korrespondenten.

Helsingfors, 4. August. Die Landtagswahlen fanden hier am 1. und 2. August unter lebhafter Beteiligung der arbeitenden Bevölkerung statt. Infolge der Kompliziertheit der Stimmgählung wird das Resultat erst nach etwa einer Woche bekannt werden. Die sozialdemokratische Partei hofft noch besser abgefahren zu haben als bei den vorherigen Wahlen. Die Stimmung während des Wahlkampfes, wie auch an den Wahltagen selbst, herrschte in dieser Erwartung. Die bürgerlichen Führer und ihre Presse gestehen offen, daß der „Tag nach links“ auch diesmal nicht zum Stillstand gebracht werden konnte. Es ist alle Aussicht vorhanden, daß die Sozialdemokratie diesmal nicht nur ihren bisherigen Bestand behaltend, sondern noch von den bürgerlichen etliche Mandate erobern wird.

Die allgemeine Situation ist auch diesmal für unsere Partei recht günstig gewesen. Dafür haben schon die bürgerlichen Parteien gefordert, die sich mit jedem Jahre immer mehr herummengewirtschaftet haben. Es ist leicht nachzuvollziehen, daß sie einen großen Teil der Schuld an der herrschenden Reaktion im Lande tragen. Die Führer der bürgerlichen Parteien geben denn auch selbst zu, daß ihre Lage bei den Wahlen keine beneidenswerte gewesen ist. Eine Leberleber der wichtigsten Momente der finnischen Landespolitik befaßt dies zur Genüge.

Im Jahre 1907 waren die bürgerlichen Parteien — mit alleiniger Ausnahme der schwedischen Volkspartei, die aber eigentlich eine Herrenpartei ist — für das vom Volke geforderte Alkoholverbotsgesetz eingetreten. Aber bald darauf begann das Alkoholkapital seine Gegenaktion. Das Gesetz stimmte in den Ränzleien, und heute ist es nicht schwer nachzuweisen, daß die Führer der bürgerlichen Parteien entweder direkt bei der Gegenaktion tätig gewesen sind, oder sie in irgendeiner Weise gefördert haben. Ein weiteres Beispiel bietet die neue Gemeindeordnung, die nach harten Kämpfen angenommen wurde. Aber sobald das Gesetz den Landtag passiert hatte, begann die unterirdische Gegenaktion der bürgerlichen Parteien. In dem durch das Gesetz vorgesehenen allgemeinen Wahlrecht aller Gemeindeglieder ohne Unterschied des Geschlechts erblickt die Bourgeoisie eine Bedrohung ihrer Nachstellung und greift deshalb, nachdem sie die Schlacht in der Volksvertretung verloren, zu den infamsten Mitteln, um das angenommene Gesetz wirkungslos zu machen.

Weshalb steht es mit der neuen Gewerbeordnung. Diese enthält die Anfänge zu einer Arbeiterschutzgesetzgebung, die den Wünschen der Arbeiterschaft noch lange nicht entsprechen, aber den Unternehmern bereits zu weit gehen. Auch dieses Gesetz war den bürgerlichen Parteien nach harten Kämpfen abgerungen worden. Aber nachdem die Vertreter des Kapitals im Landtage schweren Herzens ihre Zustimmung zu den genannten Gesetzen gegeben hatten, begannen sie eine unterirdische Aktion gegen diese Gesetze, und schenken zu diesem Zwecke selbst davor nicht zurück, sich mit der Petersburger Regierung zu verständigen. Es ist ihnen auch in der Tat gelungen, die Bekämpfung dieser Gesetze zu hinterreiben. Jeder Versuch der Sozialdemokratie, diese geheime Gegenaktion zu brechen, scheiterte an dem Widerstande der bürgerlichen Parteien.

Unter den politischen Fragen, die bei der diesjährigen Wahlkampagne im Vordergrund standen, ist auch die Ein-

Deutsches Reich.

Agrarischer Mutterschutz.

Durch die Reichsversicherungsordnung ist die Landwirtschaft, wie das so in Deutschland üblich ist, vor den Städten bevorzugt worden. Die Landtrankenfassen brauchen weniger zu leisten als die Ortskrankenkassen, und selbstverständlich sträuben sich die Agrarier mit aller Gewalt dagegen, mehr als das unbedingt Notwendige zu tun. Ein neues Beispiel führt das Berliner Tageblatt an:

In der Reichstagsitzung vom 1. August 1913 vernichtete sich das Reichstagsmitglied Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Friedmann in Glogau, durch Abänderungsanträge das vorgelegte Statut (der Landtrankenfasse) im Interesse der Wähler zu verbessern, aber bei der agrarischen Zusammenkunft dieses Kreistages war die Mühe vergeblich. So bestimmt zum Beispiel das vom Landrat namens des Kreislandtages vorgelegte Statut, daß für Wöchnerinnen der Landtrankenfassen, die nicht der Gewerbeordnung unterliegen, ein Wöchengeld nur für vier Wochen gezahlt werden soll, während für sonstige Wöchnerinnen nach der zwingenden Bestimmung der Reichsversicherungsordnung das Wöchengeld für acht Wochen gezahlt werden muß. Der Antrag des Justizrats Friedmann ging nun dahin, auch diesen Wöchnerinnen der Landtrankenfassen das Krankengeld auf ebenfalls vier Wochen zu gewähren, wie das Gesetz es ja zuläßt. Er beantragte ferner die Schwangerschaftsunterstützung der Krankenmitglieder, die infolge der Schwangerschaft arbeitsunfähig werden, wie das Gesetz es zuläßt, bis zur Geburt von sechs Wochen und nicht bloß, wie das Statut vorsieht, bis zur Geburt von drei Wochen zu gewähren; ferner, daß ihnen gemäß dem Gesetz auch Hebammenbesuche erforderlich werden, angebilligt (§ 199 der Reichsversicherungsordnung) und endlich auch, daß § 200 der Reichsversicherungsordnung diesen Wöchnerinnen der Landtrankenfassen, solange sie ihre Neugeborenen füttern, ein Stillscheld gewährt werden solle.

Diese Anträge sind namentlich unter Hinweis auf die allertrotz sich regenden Bemühungen für den Säuglings- und Mutterschutz begründet worden, jedoch die wenig logisch gestimmte Mehrheit des Glogauer Kreistages lehnte alle Anträge ab, nachdem der Landrat Einzelmann die durch die Annahme dieses vermehrten sozialen Schutzes entstehende „Mehrfachbelastung“ der Arbeiter, die ja Jweidrittel beizutragen hätten, betont hatte.

Das liegt den Agrariern schon an dem Säuglings- und Mutterschutz. Sie jammern zwar gelegentlich über das langsamere Tempo in der Bevölkerungsvermehrung, aber dieser Schaden soll mit Hilfe der Gottesurtheil geheilt werden. Das kostet sie nichts.

Der Soldat als Weibmann.

In einer Rede zur Hundertjahrfeier der bayrischen Ingenieurtruppen hat der Prinzregent Ludwig u. a. folgendes ausgesprochen:

Die Hauptsache ist nicht die Technik und nicht die Waffe, die Hauptsache ist in einem Kriege der Mensch, und zwar der tüchtige Mensch als Soldat. Es mag alles noch so gut ausgedacht sein, wenn der Mensch, der im Bauseeod steht, nichts taugt, so wird die Armee weit zurückbleiben. Was man die Erfahrungen der Technik soweit als möglich ausnutzen, vor allem aber tadeln jeder, ein